

Die Verbrechen der Nationalsozialisten mahnen -

**„Erinnern heißt handeln!“**

(Esther Bejarano)

**Antifaschistische Gedenkveranstaltung in Erinnerung  
an die antijüdischen Pogrome vor 75 Jahren in Wuppertal**

**9. November 2013 - 11.00 Uhr  
City-Arkaden (Wuppertal-Elberfeld)  
anschl. gemeinsame Fahrt zu den Protesten  
gegen die ProNRW-Kundgebungen in Duisburg**

**Kein Platz für Nazis in Wuppertal und Überall!  
Nichts und Niemand ist vergessen!**

In Wuppertal wurden, wie überall im Deutschen Reich, zwischen dem 9. und 11. November 1938 die Synagogen in Barmen und Elberfeld von SA- und SS-Männern zerstört, zahlreiche jüdische Geschäfte und Privatwohnungen verwüstet und geplündert, Jüdinnen und Juden gequält und geschlagen. Nach der Pogromnacht verschleppten die Nazis 125 jüdische Männer aus Wuppertal in die Konzentrationslager Dachau und Sachsenhausen. Schließlich ordnete man am 12. November 1938 mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ die endgültige Auflösung von jüdischen Geschäften und Firmen gesetzlich an. Viele jüdische Firmenbesitzer wurden damit gezwungen, ihre Geschäfte weit unter Wert zu „verkaufen“. Einige dieser „arisierten“ Firmen bestehen heute noch. Die jüdischen Familien, die über genügend finanzielle Mittel und die begehrten Visa eines ausländischen Staates verfügten, entschlossen sich nun zur Flucht, um dem Terror in Nazideutschland zu entkommen.

**Am Jahrestag des 9. Novembers gedenken wir der Opfer der Pogromnacht.  
Er ist aber nicht nur Gedenktag, sondern muss gleichzeitig Anlass sein, uns  
mit dem Heute auseinanderzusetzen.**

Während wir in ganz Europa ein Erstarren neofaschistischer Parteien und Strukturen, wie zum Beispiel in Ungarn, wo eine quasi-faschistische Regierung den dort lebenden Roma ein Leben in Würde verunmöglicht, erleben, sterben Hunderte von Flüchtlingen im Mittelmeer vor den Grenzen Europas: Seit einigen Jahren schon fliehen wieder mehr Menschen nach Europa. Aufgrund zusehends rigider europäischer Abschottungsstrategien sehen sie sich gezwungen, immer gefährlichere Fluchtwege auf sich zu nehmen. Laut Pro Asyl starben seit 1988 schätzungsweise 19.000 Menschen auf ihrer Flucht nach Europa. Sie fliehen vor Krieg, sind politisch verfolgt, suchen Arbeit, müssen den Folgen des Klimawandels entgehen oder sind aus anderen Gründen auf der Suche nach einem menschenwürdigeren Leben.

Einen erneuten Höhepunkt erreichte das Flüchtlingsdrama, als vor rund drei Wochen wieder Hunderte Menschen vor der Küste der italienischen Insel Lampedusa ertrinken mussten. Einmal mehr diskutiert Europa seitdem über die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Diese Debatte ist aber nicht, wie man vielleicht vor dem Hintergrund dieses von uns mitproduzierten Leids vermuten könnte, durch ein radikales Umdenken gekennzeichnet. Im Gegenteil: In völliger Verkennung der Zusammenhänge und Wechselwirkungen der jahrhundertelangen Ausbeutung des afrikanischen Kontinents durch Europa ist der Diskurs von Zynismus und Rassismus geprägt.

**„Dieser Krise wird man nicht dadurch Herr werden, daß man Ungerechtigkeit auf Ungerechtigkeit häuft, nur um eine Ordnung wiederherzustellen“ (Hannah Arendt)**

Dieser Zynismus zeigt sich unter anderem darin, dass weiter Milliarden in einen riesigen Sicherheits- und Abschreckungsapparat wie Frontex und das neu eingekaufte Überwachungssystem Eurosur investiert werden, diese aber keineswegs die Zustände verändern, die es zulassen, dass im Tagesrhythmus Flüchtlinge ertrinken. „Überwachung statt Rettung“ titelte passenderweise Spiegel Online am 10. Oktober. Im gleichen Atemzug werden Asylbedingungen weiter verschärft und die Repression gegen Flüchtlinge, die es geschafft haben, einen „sicheren Drittstaat“ zu erreichen, nimmt zu. So zum Beispiel in Hamburg: Trotz geheuchelter Betroffenheit, lässt der Hamburger Senat seit einigen Tagen afrikanisch aussehende Menschen verstärkt kontrollieren. Um die Identität der mehr als 350 Flüchtlinge der Gruppe »Lampedusa in Hamburg« festzustellen, scheint jedes Mittel recht. Zudem nahm die Polizei in den letzten Tagen 29 schwarzafrikanische Kriegsflüchtlinge aus Libyen vorübergehend in Gewahrsam. Viele wurden erkennungsdienstlich behandelt. Mit der Verschärfung der Kontrollen und der Weigerung, ein Winterquartier für die Flüchtlinge bereitzustellen, versucht der Hamburger Senat nun offenbar den Druck auf die ohnehin verzweifelten Menschen weiter zu erhöhen und, völlig ungeachtet der öffentlichen Betroffenheitsrhetorik, eine Abschiebung vor dem Winter zu forcieren.

**„Erinnern heißt handeln!“**

Esther Bejarano, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück, machte deutlich, was es bedeutet, wenn diesen Menschen in Not der Schutz verweigert wird:  
»Die gesamte Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland ist unerträglich. Wie der Hamburger Senat agiert, ist eine Schande. Die Politiker sollten sich erinnern, was Rassismus alles bewirken kann«